

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Christian Görke, Dr. Gesine Löttsch, Ina Latendorf, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke
– Drucksache 20/11630 –

Globale Mindeststeuer für Milliardärinnen und Milliardäre einführen

A. Problem

Die Gruppe Die Linke verweist auf eine aktuelle Studie von Oxfam, nach der die internationale Vermögensungleichheit zunehme. Während die fünf reichsten Männer der Welt ihr Vermögen seit 2020 verdoppelt haben, hat sich das Vermögen von rund 5 Milliarden Menschen verringert. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, seien international koordinierte Steuern ein zentrales Instrument.

B. Lösung

Der Antrag der Gruppe Die Linke sieht vor, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, sich in allen internationalen Gremien aktiv für die Einführung einer globalen Mindeststeuer für Milliardäre einzusetzen.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Gruppe Die Linke bei Abwesenheit der Gruppe BSW.

C. Alternativen

Der Antrag diskutiert keine Alternativen.

D. Kosten

Der Antrag diskutiert keine Kosten.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/11630 abzulehnen.

Berlin, den 3. Juli 2024

Der Finanzausschuss

Alois Rainer
Vorsitzender

Maximilian Mordhorst
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Maximilian Mordhorst

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/11630** in seiner 178. Sitzung am 27. Juni 2024 dem Finanzausschuss zur alleinigen Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag der Gruppe Die Linke sieht vor, dass der Deutsche Bundestag

- I. die Problematik der zunehmenden globalen Vermögensungleichheit wie im Antrag beschrieben feststellt und
- II. die Bundesregierung auffordert, sich in allen internationalen Gremien aktiv für die Einführung einer globalen Mindeststeuer für Milliardäre einzusetzen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Finanzausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/11630 in seiner 97. Sitzung am 3. Juli 2024 erstmalig und abschließend beraten.

Der **Finanzausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Gruppe Die Linke bei Abwesenheit der Gruppe BSW Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/11630.

Die **Fraktion der SPD** verwies auf die Einführung der globalen Mindestbesteuerung für Unternehmen und deren Umsetzung in Deutschland im vergangenen Jahr. Diese Regelung sei aus dem BEPS-Projekt der OECD hervorgegangen.

Davon zu unterscheiden sei der im vorliegenden Antrag adressierte Vorschlag für eine globale Mindeststeuer für Milliardäre, die auf Überlegungen u. a. des Ökonomen Joseph Stiglitz und auf Vorschläge der Finanzminister von Frankreich und Brasilien auf der diesjährigen Frühjahrstagung des IWF zurückgehe. Angesichts der globalen Ungleichheit unterstütze auch die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Svenja Schulze, die Idee einer globalen Steuer auf Milliardenvermögen. Das in der vergangenen Woche vorgestellte Konzept der brasilianischen G20-Präsidentschaft sei ein richtiger Vorstoß, der in den kommenden Wochen weiter ausgearbeitet werde. Die Umsetzung einer solchen Idee sei notwendig, aber nicht einfach. Die Thematik werde im Hinblick auf die Klimakonferenz in Baku im November 2024 aktuell mit einem starken Bezug zur Verwendung der Einnahmen einer solchen Steuer für den Klimaschutz und die Bewältigung der Folgen des Klimawandels diskutiert. Die Fraktion der SPD wünsche sich, dass dieser Plan international umfassend unterstützt werde.

Der Bundesfinanzminister Christian Lindner teile im Gegensatz zur Bundesministerin Svenja Schulze die positive Bewertung dieses Vorschlags nicht. Er bezeichne die bereits bestehende internationale Besteuerung als ausreichend.

Der vorliegende Antrag erbringe keinen weiterführenden inhaltlichen Beitrag zur Konzeptionierung einer solchen Steuer, sondern fordere lediglich, dass die Bundesregierung in dieser Frage aktiv werde.

Die **Fraktion der CDU/CSU** bezeichnete das Thema der globalen Steuergerechtigkeit als wichtig. Mit der globalen Mindeststeuer auf Unternehmensgewinne sei eine von ihr unterstützte Regelung eingeführt worden, deren Umsetzung und deren Erträge zunächst abgewartet werden sollten, bevor weitere Schritte geplant würden. Die meisten Milliardäre der Welt hielten ihr Vermögen zu großen Teilen in Form von Firmenvermögen. Daher sei die bestehende globale Mindeststeuer auf Unternehmensgewinne bereits ein Teil der Besteuerung von Milliardären.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, sie begrüße den Vorschlag Brasiliens für eine globale Steuer auf Milliardenvermögen. Es sei wichtig, den konkreten Vorschlag nun zu diskutieren. Leider leiste der vorliegende Antrag dies nicht.

Nach Statista besäßen zum Jahresende 2022 die vermögendsten 1,1 Prozent der Menschheit 45,8 Prozent des globalen Vermögens, während die ärmsten 52,5 Prozent der Weltbevölkerung lediglich 1,2 Prozent der weltweiten Vermögen besäßen. Man müsse Antworten auf diese extreme Vermögensungleichheit finden. Diejenigen, die eine globale Mindeststeuer auf Milliardenvermögen ablehnten, würden keine Gegenvorschläge vorlegen. Eine solche globale Mindeststeuer sei nicht einfach umsetzbar und erfordere schwierige internationale Verhandlungen. Dennoch sei die Stärkung von Multilateralismus und von internationalen Institutionen im Finanzbereich weiterhin eine große Chance für eine Verbesserung der internationalen Steuergerechtigkeit.

Die **Fraktion der FDP** wies darauf hin, dass der Titel des Antrags der Gruppe Die Linke nahelege, dass die geforderte weltweite Besteuerung von großen Vermögen etwas Ähnliches sei, wie die im letzten Jahr verabschiedete globale Mindestbesteuerung von Unternehmensgewinnen. Die aus dem BEPS-Projekt der OECD hervorgegangene Mindeststeuer betreffe die Gewinnbesteuerung von Unternehmen, in Deutschland also u. a. über die Körperschaftsteuer. Die im vorliegenden Antrag geforderte „Milliardärsteuer“ wäre hingegen eine Substanzsteuer. Nach dem Vorschlag Brasiliens solle jeder, der ein Vermögen von mehr als 1 Milliarde US-Dollar besitze, jedes Jahr 2 Prozent davon als Steuer entrichten. Die Ampelkoalition habe in ihrem Vertrag aber vereinbart, auf die Einführung einer Vermögensbesteuerung zu verzichten.

Vermögen müsse erwirtschaftet und könne nicht willkürlich verteilt werden. Gerade in Deutschland seien hohe Vermögen in den meisten Fällen in Betriebsvermögen gebunden. Selbst bei inhabergeführten Betrieben im klassischen Mittelstand fänden sich nominelle Milliardäre als deren Besitzer. Eine Besteuerung der Substanz von Betriebsvermögen wäre für den Standort Deutschland schädlich. Daran ändere auch der internationale Ansatz der vorgeschlagenen Mindeststeuer für Milliardenvermögen nichts.

In der aktuellen Situation wäre noch mehr Umverteilung schädlich für die westlichen Demokratien, da der Rechtspopulismus dadurch gestärkt würde. Dies könne man am Beispiel Frankreichs sehen.

Daher lehne die Fraktion der FDP den vorliegenden Antrag ab.

Die **Fraktion der AfD** erinnerte daran, dass das Vermögen in Deutschland zu einem großen Teil in Unternehmen gebunden sei.

Deutschland habe kein Einnahmenproblem, sondern ein signifikantes Ausgabenproblem. Wenn 5 Millionen arme Migranten nach Deutschland kämen, würden diese hier nicht unbedingt reicher, sondern im Saldo ihre Gelder sogar ins Ausland verschicken. Diese Entwicklung trage nicht zur Vermögensbildung in Deutschland bei.

Die Fraktion der AfD bleibe bei ihrem klaren „Nein“ zur nach ihrer Ansicht sozialistischen Vermögensteuer. Der vorliegende Antrag sei inhaltsleer. Ursache der globalen Vermögensproblematik sei die Frage der Geburtenrate in den weniger entwickelten Ländern. China habe unter anderem deshalb den Sprung zu einer Wirtschaftsmacht geschafft, weil es seine Geburtenrate unter Kontrolle bekommen habe, auch wenn die Fraktion der AfD die dafür angewendeten Mittel ablehne. Wenn man sich mit der zu hohen Geburtenrate nicht auseinandersetze, werde man die weltweite Armut niemals in den Griff bekommen. Daran würde auch eine Vermögensbesteuerung auf Kosten der Substanz von Unternehmen nichts ändern.

Die **Gruppe Die Linke** erinnerte an die Forderung der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Svenja Schulze, nach einer weltweiten Mindeststeuer für Milliardenvermögen. Der vorliegende Antrag lasse der Bundesregierung viel Raum, diese Forderung voranzubringen. Er fordere lediglich die Bundesregierung auf, sich in allen internationalen Gremien aktiv für die Einführung einer globalen Mindeststeuer für Milliardäre einzusetzen. Die Ausgestaltung unterliege den Verhandlungsmöglichkeiten der Bundesregierung.

Allein in Deutschland lebten 237 Familien mit Milliardenvermögen. Niemand könne ein solches Vermögen erarbeiten. In den meisten Fälle seien solche Vermögen vererbt worden. Nach dem Grundgesetz verpflichte Eigentum, sich angemessen an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu beteiligen. Es gehe in keiner Weise um eine Substanzbesteuerung, obwohl solche Überlegungen ebenfalls nicht abwegig wären. Bei den moderaten Forderungen der Gruppe Die Linke gehe es lediglich um eine Verringerung der Renditen auf Milliardenvermögen. Die gefor-

derte Mindestbesteuerung würde bei ihrer Umsetzung nicht zu einem Schrumpfen der betroffenen Vermögen führen. Diese würden lediglich weniger schnell anwachsen.

Die Gruppe Die Linke betonte, es sei nicht Umverteilung, die den Rechtspopulismus stärke, sondern es seien Abstiegsängste von abgehängten Bevölkerungsteilen. Ein Beispiel hierfür sei die Auseinandersetzung um die Rentenreform in Frankreich. Dort, wo es eine gute Daseinsvorsorge gebe, würde Rechtspopulismus eingedämmt.

Berlin, den 3. Juli 2024

Maximilian Mordhorst
Berichterstatter

